
Willi Hajek

Gilets jaunes / Gelbwesten – eine Zwischenbilanz

Willi Hajek hat 14 Jahre in Paris und 12 Jahre in Bochum gelebt, war und ist aktiv in der deutschen wie der französischen Gewerkschaftslinken, ist Autor im Express und anderen linken deutschen Zeitschriften. Er ist seit seiner Jugend mit den sozialen Bewegungen in Frankreich eng verbunden, als Aktivist, aber auch als Verfasser von Texten zur Geschichte der deutschen und französischen Linken nach 1968.¹ Heute lebt er in der Nähe von Marseille. Willi berichtete zuletzt auf Veranstaltungen in verschiedenen deutschen Städten, so auch in Hamburg, über die Proteste und Aufstände, die in Frankreich seit dem letzten Herbst stattgefunden haben. Wir haben die Gelegenheit genutzt, um ihm einige Fragen zu stellen, die unter anderem an Texte zu den neuesten Sozialprotesten anschließen, die bislang in *Sozial.Geschichte Online* erschienen sind.²

Frage (F): Wie sind die *Gilets jaunes* entstanden?

Willi Hajek (WH): Die Entstehung der Gelbwesten hat eine lange Geschichte. Die seit mehr als einem Jahrzehnt zunehmende Prekariisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Frankreich hat den Bo-

¹ Vgl. Jochen Gester / Willi Hajek (Hg.), 1968 – und dann. Erfahrungen, Lernprozesse und Utopien von Bewegten der 68er-Revolution, Münster 2002; Dies. (Hg.), Sechs Tage der Selbstermächtigung. Der Streik bei Opel in Bochum im Oktober 2004, Berlin 2005.

² Zusammengefasst in: Peter Birke / Max Henninger (Hg.), Krisen Proteste, Beiträge aus Sozial.Geschichte Online, Hamburg / Berlin 2012. Das Buch fasst Texte zu Sozialprotesten im Umfeld der globalen Krise um 2009 und danach zusammen. „Frankreich“ war damals nicht vertreten, wohl auch, weil zu dieser Zeit die Bewegungen mit 15M in Spanien oder den Generalstreiks in Griechenland und anderswo eine stärkere Zuspitzung erreichten; zudem war unser Blick auch auf den Arabischen Frühling und den globalen Süden gerichtet. Die damalige Perspektive könnte auf Regionen und Situationen ausgeweitet werden, die *nicht* im Fokus stehen und in denen *keine* sichtbaren Bewegungen existieren. Auch dies ist ja aktuell ein Element des Konflikts [Anmerkung der Redaktion].

den für das Entstehen bereitet. Hinzu kommen gerade zuletzt die Angriffe gegen den öffentlichen Dienst, der radikale Abbau der sozialen Infrastruktur: Postämter wurden geschlossen, auch Bahnstrecken, die als „unrentabel“ definiert wurden. Für den Alltag, besonders auch jenseits der urbanen Zentren, sind das lebenswichtige Einrichtungen. Auch die Zentralisierung der Basisgesundheitsversorgung hatte ähnliche Folgen: Kleine Geburtskliniken schließen, die Versorgung wird in den regionalen Metropolen konzentriert, alles wird schwerer zugänglich, die Versorgung verschlechtert sich. Aber die Regierung spricht weiter von Verbesserungen und Effektivität, so als lebe man auf einem anderen Stern. Ein Auslöser war dann sicherlich die Einführung einer Sozialsteuer, die seit dem Januar 2018 zu einer realen Kürzung der Renten geführt hat.

F: Das heißt, es gab auch schon vor dem Entstehen der Bewegung Proteste?

WH: Ja, ja, seit dem Januar 2018. Viele Auseinandersetzungen, die zumeist lokal, aber sehr intensiv geführt wurden. Im ganzen Jahr 2018, in der öffentlichen Gesundheitsversorgung, in der Psychiatrie, in den Altenheimen und in den Krankenhäusern, nicht nur von Nutzer_innen, sondern auch von Arbeitenden getragen. Dabei ging es zumeist um die personelle Ausstattung der Kliniken und um die niedrigen Löhne in diesen Bereichen. Sehr viele Frauen waren an diesen Streikaktionen beteiligt, die sich aktuell auch bei den Gelbwesten wiederfinden.

F: Das überrascht mich – die Gelbwesten gelten doch eher als Bewegung auf der Straße und nicht im Betrieb? Inwiefern waren denn Konflikte um Arbeitsverhältnisse ein Thema der Bewegung?

WH: Na ja, das Thema gehört auf alle Fälle zur Vorgeschichte der aktuellen Proteste. Ab März und bis Juni 2016 kam es zu einer sehr breiten und in Deutschland zumindest in der allgemeinen Öffentlichkeit wenig wahrgenommenen Bewegung gegen die Änderung des Arbeitsgesetzes. Mit dem neuen Arbeitsgesetz verschärfte sich die Prekarisierung der Lohnarbeitsverhältnisse – mit Verschlechterungen beim Kündigungsschutz, bei den Ansprüchen auf Lohnersatzleistungen. Die Re-

gierung und der Präsident waren gegenüber Protesten völlig immun. Nach seiner Wahl im Mai 2017 beschimpfte der neu gewählte Präsident Macron die Hunderttausenden auf der Straße als „Faulenzer und Hardliner“,³ Vorbild waren nicht zuletzt die Hartz-Gesetze und die „deutsche“ aktivierende Sozialpolitik. Neben den gewerkschaftlichen Streikaktionen – vor allem der militanten Basisgewerkschaften wie *Solidaires*⁴ und der CGT-Gewerkschaften⁵ sowie Teilen der FO-Gewerkschaften⁶ – bildete sich auch die *Nuit-debout*-Bewegung⁷ in diesen Monaten heraus. Man kann sicher sagen, dass der Kampf gegen den neuen *code de travail* einer der Vorgeschichten auch der „Gelbwesten“ ist.

F: Wie endete dieser Bewegungszyklus?

WH: Macron verlor damals massiv an Vertrauen und öffentlicher Zustimmung, aber es gelang dennoch nicht, eine wirkliche gesellschaftliche Dynamik zu entfesseln, die die Regierung erschüttert hätte – trotz der Aufrufe zu einem allumfassenden Generalstreik mit dem Ziel, das Land lahmzulegen und den gesamten kapitalistischen Betrieb zu blockieren. Die Parolen und die Orientierung auf Blockaden waren zwar in den Umzügen und Aktionen präsent, aber es fehlte die reale Durchsetzungskraft. Die Regierung machte am Ende überhaupt keine Zugeständnisse; sie setzte sogleich auf Repression und Polizeigewalt, die an die alltäglichen Brutalitäten in den Vororten gegenüber den Immigranten

³ Zur Chronologie der Proteste gegen die Arbeitsgesetze siehe auch: [http://www.labournet.-de/category/internationales/frankreich/politik-frankreich/politik-arbeitsgesetz_widerstand/].

⁴ „Solidaires“ = *Union syndicale solidaires*, ursprünglich als Alternative zu den großen Dachverbänden der Richtungsgewerkschaften entstanden. Heute eine seit 1998 bestehende Gruppe von zehn Einzelgewerkschaften, die eine linke, unabhängige und überwiegend kämpferische Orientierung vertreten. Etwa 110.000 Mitglieder sind in den *Solidaires* organisiert.

⁵ CGT = *Confédération générale du travail*. Ältester Dachverband der französischen Gewerkschaften mit etwa 600.000 Mitgliedern. Lange Zeit an der Politik der Kommunistischen Partei orientiert, angesichts der Krise derselben heute mit einer etwas stärker unabhängigen Orientierung.

⁶ FO = *Force ouvrière*, in Abgrenzung zur Orientierung der CGT an der KP 1947 entstanden, parteipolitisch formal unabhängig, aber traditionell eher sozialdemokratisch orientiert. Nach unterschiedlichen Angaben zwischen 300.000 und 600.000 Mitglieder.

⁷ *Nuit debout* = „Die Nacht durchwachen“, von den Gewerkschaften zunächst unabhängige Massenbewegung gegen die Arbeitsgesetze seit dem März 2016; der Name bezieht sich auf das eine Zeit lang erfolgreiche Konzept, Demonstrationen täglich und bis in die Nacht durchzuführen.

erinnerte. Auch dies gehört ja aktuell zu einem der Elemente des Konflikts um die Gelbwestenbewegung – die Regierung versucht, das Problem mit Repression und Gewalt zu lösen.

F: Die nächsten Angriffe betrafen dann die Eisenbahner_innen ...

WH: Ja, 2018 kam dann der dreimonatige Eisenbahnerstreik gegen die Privatisierung der Bahn, die Abschaffung des Eisenbahnerstatus und der Stilllegung von 4.000 Kilometern Bahnstrecken in den Regionen. Inhaltlich war es eine Offensive der Regierung an unterschiedlichen Punkten, eine Verschlechterung insbesondere beim Renteneintrittsalter für die Beschäftigten, aber auch eine Verschlechterung der Anbindung und der Mobilität großer Teile der Bevölkerung, insbesondere in den Regionen – auch dies Themen der Gelbwestenbewegung. Und auch das macht deutlich, dass es geradezu zynisch ist, wenn die aktuellen Proteste, wie am Anfang insbesondere in der deutschen Presse, auf Proteste gegen die Erhöhung des Benzinpreises reduziert werden.

Der Streik wurde von Anfang an nach einem festgelegten Rhythmus geführt – zwei Tage Streik, drei Tage Arbeit. Es gab auch hier eine rege Beteiligung, und bei einem Referendum aller Bahnbeschäftigten waren mehr als 80 Prozent gegen die Bahnreform. In Teilen der Arbeiter_innenbasis war die Leitidee die des *grève reconductible* (des erneuerbaren Streiks): Das bedeutet, dass nicht die Gewerkschaften, sondern die Streikversammlungen der Arbeiter_innenbasis in den Bahnhöfen dafür zuständig sind, den Streik zu beschließen, zu verlängern oder zu beenden. Diese demokratische Vorstellung knüpfte daran an, dass es gerade bei den Eisenbahnern eine seit den großen Massenstreikbewegungen von 1995 entsprechend entwickelte Streikkultur gab.

2018 gelang es aber nicht, diese Tradition zu erneuern. Der Streik wurde im Wesentlichen durch die CGT-Leitung strategisch geführt, die eine solche Streikdynamik letztlich nicht zuließ. Die demokratische Streikkultur konnte sich so nur unvollständig und punktuell durchsetzen, sie war von Stadt zu Stadt unterschiedlich ausgeprägt. Und auch in diesem Falle ließ sich die Regierung auf keinerlei Kompromisse ein, und schließlich verlor der Streik an Kraft und endete mit einer Niederlage.

F: Was hat das für die Vorgeschichte der Gelbwesten bedeutet?

WH: Es war einer der Gründe dafür, dass die Regierung immer arroganter und selbstsicherer auftrat und nach und nach meinte, die sozialen Kämpfe und Konflikte eigentlich komplett ignorieren zu können. Es gibt nur eine Politik, die völlig alternativlos ist – das war das Credo. Macron verwies immer wieder auf Margaret Thatcher. Weitere soziale Angriffe folgten mit der Sozialsteuer, die zu realen Rentenkürzungen für Rentner_innen führte, und mit der Hochschulreform, die den freien Zugang zur Hochschule einschränkte. Aus den Erfahrungen mit dem Bahnstreik lernten viele Menschen in Gewerkschaften und Initiativen, dass die klassischen Aktionsformen, vor allem die vorher angekündigten Streiks, nicht mehr ausreichen werden, um Erfolge zu erzielen und den Regierenden und Herrschenden Angst zu machen.

F: Die Presse hat ja hier in Deutschland seit dem Beginn der Bewegung Ende Oktober 2018 drei Dinge hervorgehoben: Die Autobahnblockaden, die partielle Militanz und als Auslöser den Protest gegen zusätzliche Abgaben auf Benzin, die für den 1. Januar 2019 geplant wurden. Was ist da dran, wie würdest Du die Auslöser beschreiben?

WH: Die Ursachen sind weitaus komplexer. So brachte zunächst einmal die Bewegung der Rentner_innen das ganze Jahr 2018 über und bis zum Entstehen der Gelbwestenbewegung Tausende auf die Straßen, die die Rücknahme der Sozialsteuer forderten und die regelmäßige Anpassung der Renten an die Inflationsrate (Indexierung). Das ist, wie gesagt, eine der unmittelbaren Vorgeschichten: Teile der Bewegung gegen die Rentenkürzungen waren direkt an der Entstehung der Gelbwesten beteiligt. Aber insgesamt gab es, wie beschrieben, viele Auslöser, viel angestaute Wut und auch eine ganze Reihe unterschiedlicher Forderungen.

Ich würde sagen, dass drei Forderungskomplexe den Gelbwesten bis heute gemeinsam sind: Erstens der Kampf gegen eine zunehmende Steuerungerechtigkeit, die zur Umverteilung von unten nach oben führt, die auch als Hintergrund der Proteste gegen die Benzinpreise gesehen werden muss. Denn wohlgermerkt wurde gleichzeitig die Vermögenssteuer abgeschafft, eine Information, die in den deutschen

Mainstream-Medien gerne „vergessen“ wurde. Es geht also um die zunehmende soziale Ungleichheit in all ihren Varianten, immer mehr Milliardäre im Land, und eine Zunahme der Verarmung der Arbeitenden und der unteren Mittelklassen.

Zweitens ist es eine Bewegung, die auch im ländlichen Raum stark ist und die sich gegen die permanenten Verschlechterungen bei der existenziellen Grundversorgung wendet, nicht nur in Bezug auf Mobilität, sondern auch in Bezug auf die Schließung und personelle Ausdünnung von Einrichtungen etwa der Pflege und des Gesundheitswesens. Und drittens geht es um die Forderung nach mehr Demokratie. Kritisiert wird das gesamte politische Regime als privilegierte Elite, gefordert werden Volksentscheide, eine geringere Bezahlung der Abgeordneten, die Möglichkeit einer jederzeitigen Abberufung, ein Übergang des passiven Wahlbürgers zum engagierten *citoyen*. „Bürgerrevolution“ entfaltete sich als ein Kampfbegriff, der auch von der Bewegung der *France insoumise* (FI)⁸ öffentlich aufgegriffen wurde.

F: Wie war die öffentliche Reaktion auf das Auftauchen der Bewegung?

WH: Die herrschenden Medien hier in Frankreich entfesselten in diesen Anfängen der Bewegung eine wirkliche Hetze, die sich mit einem verächtlichen Grundton gegenüber den Unterklassen mischte. In der bundesdeutschen Zeitungswelt wurden diese Zuschreibungen teilweise weitergetragen. Es wurde auch allgemein vermutet, dass der Weihnachtsmann das Ende bringen würde, außerdem gab es ja auch kleinere Zugeständnisse der Macronie, wie etwa in der leichten Erhöhung des Mindestlohns. Dann spekulierte man darüber, dass die „große Debatte“ Macrons – eine von der Regierung initiierte Kampagne, die auf eine Reintegration der Unzufriedenen in das neoliberale Projekt abzielte – die Bewegung schwächen würde. Und schließlich wurde vermutet, dass

⁸ Eine erste Übersicht über Entwicklungen und Verwicklungen der französischen Linken gibt: Sebastian Chwala, *La France Insoumise. Anmerkungen zu einer neuen postlinken Formation*, in: *LuXemburg*, 1 (2019), [<https://www.zeitschrift-luxemburg.de/la-france-insoumise-anmerkungen-zu-einer-neuen-postlinken-formation/>]. Der Autor diskutiert allerdings die Bedeutung der Gelbwesten nicht.

der Brand der Notre Dame „die Franzosen“, wie es hieß, „wieder zusammenschweißen“ werde. Nichts davon ist eingetreten. Trotz der kleinen Zugeständnisse der Regierung ging die Bewegung weiter und begann sich mehr und mehr zu strukturieren.

Mit dem Andauern der Proteste verstärkte sich eine zweite Phase, eine zweite Form der Reaktion: die zunehmende Brutalisierung der Polizeiapparate, die Verhaftungen und Verurteilungen der Gelbwesten und eine mediale Gewalt mit Verschweigen und/oder Verdrehungen und Hetze. Selten habe ich einen derartigen Zynismus von Regierenden erlebt, angesichts der ausgeübten brutalen Polizeigewalt. Um so größer wurde in dieser Phase das Bedürfnis nach einer alternativen Medienwelt.

F: Bevor wir zu dieser Frage kommen – könntest Du nochmal kurz etwas zur Frage der Gewalt und der Repression sagen? In Deutschland bestimmten in den letzten Wochen die heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei die Berichte – ist das das, worauf sich die Gelbwesten mehr und mehr reduzieren? Und wie beurteilst Du diese Berichte?

WH: Die Frage der Gewalt wurde mehr und mehr zur bestimmenden Thematik in den herrschenden Medien. Kommentare und einzelne Sätze und Appelle von bekannten Akteur_innen der Bewegung wurden hochstilisiert, der Aufruf etwa, den Präsidentenpalast zu stürmen. Eigentlich entsprach das nicht den Kräfteverhältnissen, wirkt im Nachhinein geradezu lächerlich, aber es zeigt sehr gut die Angst vor der Revolte, die sich in den herrschenden Kreisen verbreitet. Insbesondere unmittelbar vor den Samstagen, an denen die Mobilisierung der Gelbwesten immer den Höhepunkt erreicht, wurden beziehungsweise werden in den Mainstream-Medien Schlagzeilen verbreitet wie „Die Demonstranten wollen töten“ oder „Wer an den Demos teilnimmt, wird zum Komplizen“. Woche für Woche wurde und wird die Bürgerkriegsstimmung über Nachrichtensendungen und Talkshows mit solchen Kommentaren angeheizt.

Es kam dann in der Tat – auch auf der Grundlage solcher Bilder – zu brutalen Polizeieinsätzen, bei denen es immer mehr Verhaftungen und schwere Verletzungen bei den Protestierenden gab. Durch Granaten ab-

gerissene Hände und durch Flashballs ausgeschossene Augen waren die sichtbaren Zeichen dessen, dass nach kurzer Zeit faktisch Kriegswaffen eingesetzt wurden, wie zu Beginn eines Bürgerkriegs. Ein Beispiel aus Marseille ist Zineb Redouane, eine 80-jährige Frau, die beim Schließen ihres Fensters in Marseille im vierten Stock von einer Gasgranate getroffen wurde und bei der OP gestorben ist.

Ein Teil der Polizeieinheiten, die *Bacs*, haben sich zuvor durch brutalste Einsätze nicht zuletzt in den Banlieues profiliert. Sie fallen durch besondere Brutalität auf, und es ist sicher, dass es generell in der Polizei viele Rechte und Rechtsradikale gibt, die die Gelegenheit nutzen, sich auszutoben. Die Videos und Bilder, die beispielsweise das gezielte Zusammenschlagen von wehrlosen Demonstrant_innen dokumentieren, sind mittlerweile kaum noch zu zählen, und diese Liste ließe sich fast beliebig fortsetzen. Selbst die jüngste Welle von Selbstmorden von Polizist_innen hat leider keine breite kritische Diskussion zu diesen Einsätzen ausgelöst.

Le Monde Diplomatique hat Anfang April gezählt, dass etwa 9.000 Menschen in U-Haft waren, 2.000 verurteilt wurden, davon 400 ohne Bewährung. Leider liest man davon höchstens mal etwas in einer Randnotiz in der deutschen Mainstream-Presse, die sehr einseitig und polemisch Episoden betont, in denen einzelne Demonstrant_innen Polizist_innen oder Sachwerte angreifen.

F: Wie erklärst Du Dir, dass die Bewegung trotz der Repression so lange überdauert hat?

WH: Die *Gilet jaunes* gibt es noch, weil es gelungen ist, durch die Besetzung der Verkehrskreisel, der Zahlstellen an den Autobahnen und der vielfältigen Blockadepunkte sowie durch andere Aktionen des zivilen Ungehorsams eine Gesellschaftlichkeit zu schaffen, die plötzlich gegenüber der Arroganz der Macht eine Perspektive entwickelte und die Regierenden überraschte, Ihnen zeitweise sogar Angst machte. Gleichzeitig aber befreiten sich viele Akteur_innen aus ihrem isolierten Alltag, entdeckten ein anderes Leben und wurden zu erfindungsreichen und handlungsklugen gesellschaftlichen Akteur_innen. Sie veränderten sich

in der Bewegung und entdeckten neue Zusammenhänge, neue Welten und neue Horizonte. Sie erlebten Solidarität.

F: Vielleicht gleich dazu: Welche Organisations- und Vernetzungsformen und, gegebenenfalls, welche Kontroversen gibt es darüber, etwa bei der Frage der Bildung einer eigenen Partei?

WH: Es entwickelten sich sehr verschiedene Versuche des Organisierens. Angesichts der Vielfalt der Bewegung und der sehr unterschiedlichen Zusammensetzung in den Regionen ist das aus meiner Sicht ganz normal. Einige Ideen werden nicht allgemein geteilt; so zum Beispiel war der Versuch, eine Liste zu den Europawahlen zu bilden, eher ein aufgesetztes Medienprodukt. Einige besonders medienaffine Aktivisten (vor allem Männer) in der Bewegung haben sich selbst zum Sprecher erklärt.

Ganz anders funktioniert das Schaffen und Aufbauen von sozialen Treffpunkten und lokalen Zentren, das zu der ersten überregionalen Versammlung Anfang des Jahres in Commercy geführt hat. Hier wurde ein Aufruf erarbeitet, der ganz gut den realen Prozess als Suchbewegung beschreibt. Es gibt keine fertigen Programme, aber eben die Suche nach konstruktiven Lösungen und Hunderte von Forderungen, die aufgestellt und öffentlich vorgetragen werden.

F: Gehört dazu auch, alternative Medien aufzubauen?

WH: Das Bedürfnis nach alternativen Medien ist riesengroß, angestoßen durch die herrschenden Medien mit ihrer propagandistischen Parteinahme für die Macronie. *Mediapart.fr* ist eines der neuen Portale, entstanden aus der Kritik von Journalist_innen an der Einseitigkeit der Mainstream-Medien und mit dem Ziel, einen kritisch-reflektierenden Journalismus zu praktizieren. Auch eine Reihe anderer Medien haben sich seit den ersten Protesttagen um den 17. November herum entwickelt, genauso wie mobile Reporterteams bei den Protesten, die besonders wichtig sind, um die brutalen Polizeiaktionen zu dokumentieren.

F: Wie beziehen sich die politischen Parteien auf die *Gilet jaunes*?

WH: Die Radikalisierung der Bewegung hat eine zunehmende Distanzierung jener Parteien hervorgebracht, die an einer Aufrechterhal-

tung der Ordnung interessiert sind. Sie kritisieren diesen Aufstand gegen die Republik und fordern härteres Durchgreifen. Der Ordnungsblock formiert sich und rückt an die Seite von Macron. Das gilt auch für die RN mit Le Pen,⁹ die noch mehr Vollmachten für Polizei und Gendarmerie und eine schärfere Bestrafung der Protestierenden fordert, ebenso wie übrigens die Polizeigewerkschaften, mit der Ausnahme einer kleinen Minderheit, die die Einsätze kritisiert.

F: Gilt das auch für die linken Gruppierungen?

WH: *France Insoumise* unterstützt, was sie „Revolution der Bürger“ (*la revolution citoyenne*) nennen. Die FI kritisiert die Regierung und fordert eine politische Lösung für diesen Konflikt, das heißt beispielsweise eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und andere Maßnahmen gegen die soziale Ungerechtigkeit und für ein besseres Leben. Mindestens ebenso wichtig sind aber Zusammenschlüsse jenseits der Parteien, Gruppen von Anwälten zum Beispiel, die die Beschuldigten vor Gericht verteidigen, oder Mediziner, die die eingesetzten Kriegswaffen kritisieren.

Im Prinzip gibt es in allen gesellschaftlichen Bereichen eine Polarisierung, sichtbar selbst in den örtlichen Lokalzeitungen, die diese Bewegung nicht einfach denunzierend beschreiben können und manchmal durchaus positiv-emphatisch berichten.

F: Wie sieht es mit der Verbindung zwischen stadtpolitischen Bewegungen und den *Gilet jaunes* aus? Nehmen wir zum Beispiel mal die Bewegung gegen Gentrifizierung in Marseille, an Deinem Wohnort, die ja auch in Deutschland etwas bekannter ist – gibt es da Verbindungen und Bezugspunkte?

WH: Die Bezugspunkte nehmen ständig zu, aber die Bewegung gegen Wohnungsmangel und Gentrifizierung hat eine eigene Geschichte und eine eigene Organisationsform. Das wurde zuletzt im März erneut auf dem *Karneval de la Pleine* deutlich, auf dem seit zwanzig Jahren gegen die soziale Spaltung der Stadt protestiert wird. Vieles an der

⁹ RN = *Rassemblement National*, früher *Front National*, ist die stärkste rassistische und autoritär-rechte Partei.

Marseiller Bewegung ist mit den „Recht auf Stadt“-Initiativen in Deutschland vergleichbar, die ja auch eine eigene Geschichte geschrieben haben. Es ist wichtig, solche eigenen Geschichten zu betonen, wie auch die Geschichten der Streiks und anderer Protestformen der letzten Jahre, sonst kann man die vielfältigen Bezugspunkte der Gelbwesten und ihre bunte Zusammensetzung weder sehen noch verstehen.

Was die Koordination von Aktionen im engeren Sinne betrifft, so gibt es gemeinsame Absprachen und Mobilisierungen zwischen unterschiedlichen Protestströmungen, gemeinsame Selbstverteidigung gegen die Übergriffe der Polizei, gemeinsame Komitees und Versammlungen. Das gilt nicht nur für die Gruppen, die sich gegen Gentrifizierung wenden, sondern auch beispielsweise für viele Komitees gegen Polizeigewalt in den proletarisch-migrantischen Vorstädten (*Banlieues*), die sich ebenfalls an Aktionen der Gelbwesten beteiligen.

F: Daran anknüpfend: Du hast auf der Veranstaltung in Hamburg von einer Verbindung von proletarisch-migrantischen Vorstädten und Dörfern gesprochen. Wie würdest Du die Verbindungen zwischen diesen beiden Herkunftskontexten charakterisieren? Welche gemeinsamen Forderungen gibt es dort?

WH: Ein Teil der Gelbwesten aus den ländlichen Gegenden lernt eine Polizeigewalt kennen, die sie vorher so nicht erlebt haben. Gleichzeitig sind gerade die besonders brutalen Polizeieinheiten eine vertraute Erfahrung für die Bewohner_innen und besonders die Jugendlichen aus den migrantisch-proletarischen Vorstädten wie den *Quartiers Nord* in Marseille. Jetzt verstehen manche viel mehr den staatlichen Rassismus und die Straflosigkeit dieser Polizei, von denen zum Beispiel das *Komitee für Adama* immer öffentlich berichtet hat. Dieses Komitee ist entstanden nach dem Tod eines Jugendlichen auf einem Polizeikommissariat in einer Vorstadt bei Paris im Jahr 2016.¹⁰ Es beteiligt sich, auch im Vergleich zu anderen Gruppen aus den Banlieus, sehr intensiv und öffentlich wahrnehmbar an den gemeinsamen Aktionen der Gelbwesten.

¹⁰ Vgl. „Gerechtigkeit für Adama Troré“, [<https://de-de.facebook.com/pages/category/Event/La-vérité-pour-Adama-160752057668634/>].

Das Argument für diese Beteiligung ist, dass sich so im bisherigen Alltag getrennte Welten kennen lernen können.

F: Vor einiger Zeit gab es in Deutschland Berichte über den allgemein in Frankreich anwachsenden Antisemitismus und speziell den Antisemitismus innerhalb der *Gilet jaunes*. Wie würdest Du dieses Problem beurteilen, wie wird diese Auseinandersetzung innerhalb der Bewegung geführt?

WH: Die Gelbwesten sind nicht antisemitisch geprägt, wie von Mainstream-Medien insbesondere anlässlich von Angriffen aus einer Demo heraus auf Alain Finkielkraut im Februar behauptet wurde. Ja, Finkielkraut wurde von einigen Demonstrant_innen beschimpft, und die Beschimpfungen waren nicht nur, aber auch antisemitisch. Dass dieser Mann ein anti-muslimischer Provokateur ist, macht die Sache nicht besser, zeigt aber, dass die Konstellation wirklich kompliziert ist. Meine Wahrnehmung ist aber insgesamt, dass eine Grundhaltung bei den Gelbwesten eindeutig bestimmend ist: Antisemitismus hat, ebenso wie Rassismus aller Art, keinen Platz in unseren Reihen. Der gegenseitige Respekt ist das verbindende Moment.

Grundsätzlich dazu: Wenn sich soziale Proteste entwickeln, werden wir immer auch mit dem ganzen Mist konfrontiert, den es in der Gesellschaft gibt. Auch in den *Gilets jaunes* gibt es in der Tat, genauso wie zum Beispiel in den Gewerkschaften, antisemitische Sprüche. Und genauso homophobes Verhalten, rassistische Witze, sexistische Anmache. Aus meiner Sicht gibt es zwei „linke“ Möglichkeiten, mit diesem Problem umzugehen. Die erste ist, sich zum Schiedsrichter zu erklären und zu sagen, dass mir die ganze Sache nicht passt. Die zweite ist, sich einzumischen und innerhalb der Bewegung für klar antirassistische Positionen, gegen Antisemitismus und so weiter zu kämpfen. Ich bin für die zweite Variante, denn sonst kann man sich meines Erachtens auf keinen Streik und kaum einen Sozialprotest überhaupt positiv beziehen. Das hat übrigens nichts mit Sozialromantik zu tun, sondern mit einer politischen Strategie, die sich gegen die in Deutschland nicht wenig verbreitete Vorstellung wendet, man müsse erst einmal die Arme ver-

schränken und den Protesten zusehen, um dann zu erklären, was falsch ist.

Darüber hinaus müssen wir aber – konkret auf deine Frage bezogen – auch feststellen, dass das Thema Antisemitismus in Frankreich instrumentalisiert wird. Macron empfängt Netanjahu und nennt jegliche Kritik an der Politik der israelischen Regierung Antisemitismus. Sind alle, die in Israel Netanjahu kritisieren, demnach Antisemiten? Was für ein Blödsinn! Dieser enge Schulterschluss zwischen der Macronie und den Propagandisten der israelischen Besatzungspolitik provoziert viel Kritik. In den Reihen der Gelbwesten gibt es allerdings auch keine wirklich breite Diskussion über diese Frage.

F: Im Anschluss daran: Gibt es auch unterschiedliche Interessen und Orientierungen? Oder manifeste Konflikte innerhalb der Bewegung?

WH: Das Bestimmende in der Bewegung ist der Protest gegen die zunehmende Ungleichheit in der Gesellschaft, gegen die soziale und fiskale Ungerechtigkeit, für die ökologische Transformation und das Nachdenken über basisdemokratische Formen der Kontrolle. Es wird versucht, diese Fragen in den Mittelpunkt zu stellen; das bedeutet aber nicht, dass rassistische Positionen in den Versammlungen einfach so geduldet werden. Ich habe bisher noch nicht erlebt, dass es zu offen rassistischen Positionierungen in den Debatten der Gruppen kam, die ich wahrnehme. Ich kann mir das nur dort vorstellen, wo eventuell ein Komitee gezielt von einer extrem-rechten Gruppe dominiert wird.

F: Was unterscheidet die Gelbwesten von den sozialen Bewegungen seit etwa 2009, nehmen wir zum Beispiel die Platzbesetzungen in Spanien oder die großen Streiks in Griechenland in der Phase der extremen Austeritätspolitik?

WH: Es gibt bestimmt viele Gemeinsamkeiten, wie zum Beispiel die Besetzung öffentlicher Räume, aber ein Unterschied ist vielleicht, dass die Frage des politischen Regimes und einer verlorenen sozialen Gleichheit in den Mittelpunkt gestellt wird. Es ist ein schon jetzt länger anhaltender konstituierender, dynamischer Prozess, der einen neuen Bürgertypus hervorbringt, der sich engagiert, aus seiner Vereinzelung

auftaucht und nicht mehr locker lässt, gleichzeitig eine alternative Gesellschaftlichkeit schafft und die Herrschenden in ihrer brutalen Arroganz und Rücksichtslosigkeit sichtbar macht.

F: Die Regierung Macron scheint – Stand Ende April 2019 – eingeknickt zu sein. Rentenerhöhungen und Steuersenkungen, sogar die Wiedereinführung der Vermögenssteuer werden in Aussicht gestellt. Ein Sieg für die Bewegung?

WH: Wahrlich nicht. Macron behauptete in seiner Rede am 25. April, er habe das Anliegen der Bewegung der *Gilets jaunes* verstanden und die sozialen Leiden in Teilen der Bevölkerung wahrgenommen. Dennoch sagt er, sein Kurs sei richtig und werde fortgesetzt. Man müsse nur geeignetere Formen finden, um die soziale Akzeptanz zu erhöhen. Zentrale Forderungen der Gelbwesten wie die Rücknahme der Streichung der Vermögenssteuer werden keineswegs erfüllt, sondern nur vage und unverbindlich als Möglichkeit angedeutet. Von einer Erweiterung direkter Demokratie ist überhaupt nicht die Rede. Fazit: Die Bewegung wird weitergehen und für weitere Überraschungen sorgen. Mal sehen, was die Maitage bringen werden. Eine Reihe gemeinsamer Protestaktionen zusammen mit Gewerkschaften und sozialen Initiativen sind in Vorbereitung.

F: Abschlussfrage: Inwiefern sind die konkreten Anliegen der Bewegung auch in Deutschland wichtig?

WH: Unabhängig davon, wie man die Zugeständnisse der Regierung beurteilt, ist die Bewegung jetzt schon ein Erfolg. Sie hat einen Geist des aufständischen Handelns geschaffen, der dabei ist, sich in allen Teilen der Gesellschaft auszubreiten. Ja, er hat eine Suchbewegung freigesetzt nach neuen demokratischen Lebensformen, nach einer anderen sozialen und demokratischen Republik. Er hat die unterschiedlichsten Sensibilitäten und sozialen Individuen gepackt und animiert zum aktiven Engagement. Neue historische Bezüge entstehen zur französischen Revolution, zur Pariser Kommune, Bücher und Filme entstehen, die Kinos sind voll. Zum Beispiel macht der Film *Ich will an die Sonne* des FI-Abgeordneten François Ruffin die Welt der *Gilets jaunes* lebendig.

Zur Situation in Deutschland: Natürlich haben wir in Deutschland auch die Ungleichheit, diese Vereinzelung, die Zunahme der arbeitenden Armen. Dieses strukturelle Element ist vorhanden, aber es dominiert nicht der Geist der ungehorsamen Rebellion, der Versuch, die allgemeine Prekarisierung zu stoppen, neue Wege zu öffnen. Außerdem gibt es auch in Deutschland sicherlich Streikbewegungen, aber es gibt noch keine wirkliche gesellschaftliche Dynamik, in der dieser lähmende Konsens der integrierten Sozialpartnerschaft aufbricht. Eigentlich ist die extreme Rechte in Deutschland die einzige Richtung, die breit als Anti-System-Partei wahrgenommen wird. Dagegen ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Gelbwesten, dass sie den rassistisch geprägten Diskurs über die Begrenzung von Migration und Asyl in Frankreich aus der öffentlichen Debatte verdrängt haben. Das hat die Parteien, die ihr rassistisches Süppchen kochen, zumindest kurzfristig vor ein ziemliches Problem gestellt, das sie auch noch nicht gelöst haben.

In Deutschland fehlen die radikalen Denker_innen und Akteur_innen. Sie sind noch unsichtbar, aber sie werden kommen und sichtbar werden, vielleicht genauso unerwartet wie hier in Frankreich. Vielleicht sind der erfolgreiche Protest im Hambacher Forst, die Klimabewegung, das Schulschwänzen Schritte zu einer Annäherung an die Gelbwestenbewegung. Vergessen wir dabei nicht, dass wir gemeinsam einen neuen Abschnitt anstreben – einen realen Demokratisierungsprozess von unten. Dazu müssen wir sowohl die alten Muster aufbrechen, die Monster zurückdrängen und einen alternativen gesellschaftlichen Prozess voranbringen, mit Praktiken, die die ausgetretenen Wege verlassen und sich neue Wege schaffen.

Wenn ich sehe, wie hier die Klimabewegung zusammen mit der Frauenbewegung für Respekt und soziale Gleichheit auf die Straße geht, mit den Vororten gegen jahrzehntelange Polizeiübergriffe und Straflosgigkeit für staatliche Gewalt und mit den Lohnarbeitenden für eine Arbeitswelt und soziale Würde, dann keimt bei mir Hoffnung nicht nur für ein anderes soziales und solidarisches Frankreich auf, sondern auch für ähnliche Bewegungen außerhalb Frankreichs. Der Samstag ist seit

einigen Wochen in Marseille und der Region geprägt von den Protesten der *Gilets jaunes* und gleichzeitig von den Menschen, die die neue demokratische Bewegung in Algerien genauso heftig und leidenschaftlich unterstützen. 300.000 Menschen algerischer Herkunft leben hier in der Stadt. Das ist die gegenseitige „Ansteckung“ der Sozialproteste, vor der die Herrschenden wirklich Angst haben.

Das Gespräch führte Peter Birke.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online



Offen im Denken



Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/70547

URN: urn:nbn:de:hbz:464-20190910-081829-2

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 25 (2019), S. 103–118



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung -Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.